

Stellungnahme zum Welt-online- Artikel „In dieser Regierungsstudie wurden sogar Gesprächspartner erfunden“ von Marcel Leubecher vom 22.05.2017

Marcel Leubecher behauptet in der online-Ausgabe der Welt, die ForscherInnen des Göttinger Instituts für Demokratieforschung hätten für die Studie *„Ursachen und Hintergründe für Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und fremdenfeindlich motivierte Übergriffe in Ostdeutschland, sowie die Ballung in einzelnen ostdeutschen Regionen“* Gesprächspartnerinnen „erfunden“. Unter dem Titel „In dieser Regierungsstudie wurden sogar Gesprächspartner erfunden“ tönt der Welt-Journalist, es würden Gesprächspartner aufgelistet, die es nicht gibt.

Natürlich ist nichts von diesen Unterstellungen richtig. Behauptungen wie jene vom „erfundenen Demokratievertreter“ entbehren jeglicher Grundlage. Alle Interviewpassagen stammen von tatsächlichen Akteuren vor Ort, sind von den AutorInnen der Studie geführt, verschriftlicht und analysiert worden. Wie Herrn Leubecher auf dessen Nachfrage durch einen der StudienautorInnen im Vorfeld des Artikels umfänglich erläutert worden ist, sind keine GesprächspartnerInnen „erfunden“ worden. Zum Schutz der Befragten wurden diese allerdings mehrheitlich anonymisiert bzw. verfremdet – eine nicht nur in der Wissenschaft, sondern auch im Journalismus ganz und gar übliche und unverzichtbare Methode, Quellen zu schützen. Was der Tageszeitungsjournalist gewiss auch weiß.

Wie in der Studie detailliert ausgeführt, haben wir im Anschluss an gängige Praxis qualitativer Forschung die Klarnamen unserer InterviewpartnerInnen mehrheitlich anonymisiert bzw. anonymisiert, es sei denn zum Zeitpunkt der Drucklegung lag uns eine ausdrückliche Freigabe vor. Dies geschah in Anbetracht des brisanten Themenkomplexes und der in sehr kleinräumigen Orten durchgeführten Forschung und der damit einhergehenden potenziellen Gefährdung der Interviewten bzw. künftigen Belastung in der politischen Auseinandersetzung unserer InterviewpartnerInnen. Das alles gehört zur Ethik eines solchen Forschungsprozesses.

Insbesondere infolge des Sprengstoffanschlages auf das Auto eines lokalen Politikers in Freital im Jahr 2015, aber auch vor dem Hintergrund der Normalisierungsgewinne der extremen Rechten auf dem Erfurter Herrenberg war dies für unsere InterviewpartnerInnen häufig die Grundvoraussetzung dafür, mit uns zu sprechen. Dabei haben wir je nach Brisanz und möglicher Wiedererkennung vor Ort unterschiedliche Stufen der Anonymisierung gewählt – also entweder eine allgemeine Beschreibung der Position/Funktion des Interviewpartners/der Interviewpartnerin oder, insbesondere dann, wenn Verwechslungsmöglichkeiten bezüglich Position/Funktion bestanden, auch durch Verfremdung der Namen. Dies gilt insbesondere für das in den Sozialwissenschaften methodisch ebenso gängige wie in der Regel unverzichtbare Verfremden sämtlicher FokusgruppenteilnehmerInnen.

Die Verfremdung lässt dabei sich unschwer daran erkennen, dass in diesen Fällen in der Auflistung unserer GesprächspartnerInnen entweder auf einen Vornamen verzichtet wurde, also allgemein von einem „Herrn Menke“ oder einer „Frau Laski“ die Rede ist, oder aber nur eine allgemeine Funktionsbezeichnung – bspw. „lokaler politischer Akteur“ - zugeordnet wurde. Sind indes Personen mit Vor- und Nachnamen in dieser Liste aufgeführt, dann handelt es sich bei diesen um die Klarnamen der Interviewten. Diese wurden aber nur dann verwendet, wenn bis zum Zeitpunkt der Drucklegung die ausdrückliche Autorisierung der Interviewpassagen vorlag.

Wir verwahren uns entschieden gegen die von Herrn Leubecher angestrebte Kampagne gegen die Autorinnen und Autoren des Berichtes und möchten bei allen GesprächspartnerInnen, die nun aufgrund dieser Kampagne verunsichert sein könnten, unser Bedauern ausdrücken, dass Sie mit Ihren Äußerungen so in die Öffentlichkeit gezerrt werden.

Forschungen in einem solchen, besonders schwierigen Feld werden schlicht nicht mehr möglich sein, wenn notwendige Anonymisierungen auf perfide Weise als „Erfindungen“ denunziert werden. Für die weitere Auseinandersetzung möchten wir darum bitten, wieder der Ernsthaftigkeit und Brisanz des Themenfeldes gerecht zu werden und zu einer sachlich-angemessenen Debatte über Inhalte zurückzukehren statt wider besseren Wissens und wider besserer Argumente haltlose Behauptungen in die Welt zu setzen.

Die AutorInnen der Studie *Ursachen und Hintergründe für Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und fremdenfeindlich motivierte Übergriffe in Ostdeutschland sowie die Ballung in einzelnen ostdeutschen Regionen*

Göttingen, 22.05.2017